



Update aus Berlin

Oktober 2024 (II)

Zitat der Woche:

„Wir Gewerkschaften sind bereit. Mit uns zusammen sind die Beschäftigten stark, niemand bleibt allein. Jedes Gespräch kann etwas verändern. Von Kollegin zu Kollegen, von Bürgerin zu Bürger, auf Augenhöhe von Mensch zu Mensch. Gemeinsam sind wir stark.“

DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi
zum 75-jährigen Bestehen des DGB

*Mit dem
Jahressteuergesetz 2024
erreichen wir ein
wichtiges Etappenziel
für mehr bezahlbaren
Wohnraum.*

Wir machen das. Für Euch.

Themen

1. Meine Rede zum Jahressteuergesetz
2. Neuer Aufschwung
3. Regierungserklärung Olaf Scholz
4. AG Kommunales
5. Union blockiert Sicherheitspaket
6. Aus dem Kreis Warendorf nach Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

knapp ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl hat der Parteivorstand in seiner Klausur wichtige Weichen gestellt. Wir wollen öffentliche Investitionen deutlich erhöhen. Uns geht es um eine moderne Infrastruktur, die allen Bürgern jetzt und in Zukunft zugutekommt. Wir wollen außerdem, dass 95 Prozent der Steuerzahlenden mehr Geld in der Tasche haben – und zwar, indem wir die Einkommensteuer senken. Um das zu finanzieren, wollen wir die sehr Reichen stärker in die Verantwortung nehmen. Ebenso setzen wir uns für eine höhere Besteuerung von sehr großen Erbschaften, eine neue Vermögensteuer und eine grundlegende Reform der Schuldenregel ein.

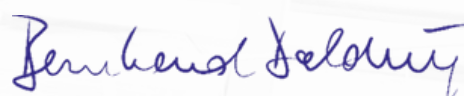
In dieser Woche haben wir eine der größten gesundheitspolitischen Reformen seit Jahrzehnten verabschiedet: Die Krankenhausreform.

Unser bisheriges Krankenhaussystem ist teuer, aber bietet nicht immer die beste Qualität. Das werden wir ändern!

Wir führen verbindliche Qualitätsstandards ein und erhöhen damit die Behandlungsqualität. Den Kliniken nehmen wir den wirtschaftlichen Druck, indem wir eine Vorhaltefinanzierung einführen, die unabhängig von der Anzahl der behandelten Patientinnen und Patienten ist.

Der Umbau der Krankenhauslandschaft verursacht Kosten, die gerecht finanziert werden müssen. Daher unterstützen wir Gesundheitsminister Karl Lauterbach, der die private Krankenversicherung bei der Finanzierung einbeziehen will. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, denn von der Reform profitieren alle Versicherten – egal, ob gesetzlich oder privat versichert!

Viel Spaß beim Lesen!
Herzliche Grüße,



Meine Rede zum Jahressteuergesetz

Erst vor einigen Wochen habe ich zur Einbringung des Jahressteuergesetzes gesprochen, heute zur Verabschiedung in zweiter und dritter Lesung. Die Beratungen liefen unter den Ampelfraktionen weitgehend geräuschlos – ein klares Zeichen, dass wir gut zusammenarbeiten, auch wenn das nicht jeder hören mag. Insgesamt gab es 59 Änderungsanträge, von denen CDU/CSU 53 zugestimmt haben. Das zeigt, wie überzeugend die Arbeit an diesem Gesetz war.

Ein zentrales Thema dabei ist die Wohnungsfrage, die soziale Frage unserer Zeit. Die Koalition hat auf die Baukrise mit massiven steuerlichen Abschreibungen reagiert und unterstützt Investitionen in sozialen Wohnungsbau, klimafreundlichen Neubau und Familienförderung. Noch nie zuvor wurden so viele Menschen durch Wohngeld entlastet.

Besonders wichtig: **Mit der Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit schaffen wir einen neuen Rahmen für sozialorientierte Wohnungsunternehmen, die künftig steuerlich begünstigt werden, wenn sie bezahlbaren Wohnraum anbieten.**

Was wir jetzt machen, entspricht sozialdemokratischen Grundverständnis: wir geben Menschen in angespannten, Wohnungsmärkten dauerhaft Sicherheit und überlassen Sie nicht allein dem Marktgeschehen. Deshalb haben wir auch die Einkommensgrenzen für Menschen, die in gemeinnützigen Wohnungen leben können, relativ hoch angesetzt. Dies wird langfristig bezahlbares Wohnen sichern – ein zentraler Punkt unserer Politik, der die Mittelschicht stärkt.

Mit diesem Gesetz setzen wir auf Lösungen, die über den Markt hinausgehen und geben den Menschen echte Sicherheit auf angespannten Wohnungsmärkten.

Unser Ziel ist es, dass die Menschen wissen, dass sie sich ihre Wohnungen auch in Zukunft leisten können und nicht von steigenden Mieten verdrängt werden.

Mit dem Jahressteuergesetz 2024 legen wir den Grundstein für mehr bezahlbaren Wohnraum und eine soziale Wohnungspolitik.

Ein wichtiger Schritt für eine gerechtere Wohnsituation in Deutschland.



Strategiepapier “Neuer Aufschwung”

Deutschland befindet sich in einer historischen Umbruchphase. Der globale Wettbewerb um Produkte, Technologien und Produktionsorte der Zukunft fordert uns heraus. Deutschland ist ein starker Industriestandort, doch viele Unternehmen haben angekündigt, Arbeitsplätze abzubauen und Standorte zu hinterfragen. Die SPD steht an der Seite der Beschäftigten und kämpft für jeden Arbeitsplatz und eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft. Die Krisen der letzten Jahre haben offengelegt, dass in Zeiten des Wachstums viel versäumt wurde. Die SPD hat begonnen, die dringend notwendige Modernisierung Deutschlands anzugehen (Ausbau moderner Netze, Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energie, „Deutschland-Pakt“ zur Beschleunigung von Planung und Genehmigung, Öffnung des Landes für Fachkräfte aus anderen Ländern sowie Mobilisierung des Fachkräfte-Potentials).

Mit der Wachstumsinitiative wurden Maßnahmen für mehr Produktivitätswachstum auf den Weg gebracht. Ein zukunftsfähiges Deutschland erfordert eine modernisierte Infrastruktur, klimaneutrale Produktion und gut ausgebildete Fachkräfte.



Ein zukunftsfähiges Deutschland erfordert eine modernisierte Infrastruktur, klimaneutrale Produktion und gut ausgebildete Fachkräfte. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas muss durch eine vertiefte Kapitalmarktunion und moderne Infrastruktur gestärkt werden.

Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungen stehen ebenfalls im Fokus. Konzepte wie Lohnzurückhaltung oder Rentenkürzungen werden abgelehnt. Deutschland braucht eine Wirtschaftspolitik, die den Beschäftigten zugutekommt.

Die SPD fordert eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Der Staat muss klare Regeln setzen, um fairen Wettbewerb zu gewährleisten, während Bund, Länder und Kommunen in die Infrastruktur investieren. Ein neuer Deutschlandfonds soll privates und öffentliches Kapital mobilisieren, um Zukunftsinvestitionen zu fördern. Im Energiesektor will die SPD die Netzentgelte senken und Unternehmen durch wettbewerbsfähige Strompreise unterstützen. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist und bleibt entscheidend.

Innovation wird durch steuerliche Anreize für Investitionen in Zukunftsbranchen gefördert. Deutschland soll mehr E-Autos produzieren, während die Ladeinfrastruktur weiter ausgebaut wird. Die SPD plant, den Mindestlohn zu erhöhen, das Tariftreuegesetz durchzusetzen und stabile Renten durch das Rentenpaket II sicherzustellen. Steuerentlastungen sollen die arbeitende Mitte stärken und die Kaufkraft erhöhen. Der wirtschaftliche Aufschwung soll allen zugutekommen, nicht nur wenigen.

Hier findet Ihr das komplette Strategiepapier.

Regierungserklärung zum europäischen Rat

In seiner Regierungserklärung am Mittwoch betonte Bundeskanzler Olaf Scholz die entscheidende Rolle der transatlantischen Partnerschaft mit den USA und der NATO. Er bekräftigte die Unterstützung für die Ukraine und setzte sich für ein schnelles Ende des Konflikts ein, um weiteres Leid zu verhindern. Gleichzeitig unterstrich er die Notwendigkeit, den Dialog mit Russland aufrechtzuerhalten.

Scholz äußerte sich auch zur Situation im Nahen Osten. Nach den Angriffen der Hamas auf Israel stellte er klar, dass Israel auf die Unterstützung Deutschlands zählen kann. Es sei jedoch wichtig, dass auch Israel sich an internationale Regeln hält. Ein Waffenstillstand und die Freilassung der Geiseln seien unerlässlich, während er einen möglichen Angriff Irans nicht tolerieren werde.

Darüber hinaus sprach er die Herausforderungen an, vor denen Europa steht: Um mit Ländern wie China Schritt zu halten, müsse Europa sich modernisieren. Er betonte die Notwendigkeit neuer Handelsabkommen und einer Verbesserung der Konjunktur.

Scholz kündigte an, Familien zu entlasten, indem Steuerfreibeträge und das Kindergeld erhöht werden sollen. Zudem wurden Maßnahmen zur Senkung der Strompreise vorgestellt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern und den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern.

„Herr Merz kann gar nicht aus dem Bett steigen, ohne einmal zu sagen, hier wird zu wenig gearbeitet.“

Scholz übte scharfe Kritik an der Union und ihrem Vorsitzenden Friedrich Merz. Er betonte, dass Respekt gegenüber denjenigen, die arbeiten, nicht bedeute, sie als faul zu beschimpfen, wie es in der Union zur Mode geworden sei.

Seine und unsere Ziele sind derweil klar: Deutschland soll im internationalen Wettbewerb, insbesondere im Bereich der Elektromobilität, führend bleiben. Unser Bundeskanzler wird sich mit der Industrie austauschen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln und die besten Arbeitsbedingungen zu schaffen.



(c) Thomas Koehler/photothek.de

Der wöchentliche Austausch in der AG Kommunalpolitik liegt mir besonders am Herzen, da hier ein direkter Austausch mit Vertretern der Kommunen stattfinden kann und wir die Möglichkeit haben über aktuelle Herausforderungen der Städte und Gemeinden sprechen zu können. Dadurch stellen wir eine bessere Vernetzung zwischen dem Geschehen in Berlin und den Anliegen und Problemen in unseren Kommunen dar.

In dieser Woche stand das Thema „**Gelungene Integration in unseren Kommunen**“ im Mittelpunkt. Dazu war Frau Dr. Nora Ratzmann eingeladen, um mit uns über das Thema zu diskutieren. Sie stellte eine Studie vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZim) vor. Das Ziel der Studie lag darin herauszufinden, wie die gleichberechtigte Teilhabe aller in den Kommunen funktionieren kann und funktioniert. Dabei lag der Fokus auf der Resilienz und den krisenfesten Strukturen der Kommunen.

Insgesamt wurde festgestellt, dass es klare Koordinierungspunkte und die Politik als Unterstützung braucht. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die einen dauerhaften Verbesserungsbedarf hat und nicht nur einen situationsbedingten.



In der Selbstreflektion konnte herausgearbeitet werden, was die Kommunen leisten können, wo die Grenzen liegen und wo eine gegenseitige Unterstützung stattfinden kann.

Aus der eigenen Bedarfsanalyse konnten Handlungsempfehlungen, sowohl an Bund und Länder, als auch an die Kommunen selbst gestellt werden.

Grundsätzliche Punkte in der Integration bleiben der bezahlbare Wohnraum, das Erlangen der Sprachkompetenz, die Integration in den Arbeitsmarkt und damit verbunden die Anerkennung von ausländischen Diplomen und Abschlüssen.

Auch wenn viele Kommunen gute Arbeit in der Integration leisten, sich engagieren und damit nicht überfordert sind, findet man diese positive Seite nicht in der Presse. Dabei kann genau dieser Standpunkt eine große Chance und ein Beispiel sein, dass Integration funktioniert. Genau diese Kommunen können als Vorbild und Inspiration vorangehen, auch auf ehrenamtlicher Ebene.

Die Online Plattform Moving Cities bietet genau hierfür die richtigen Positivbeispiele.

Zusammenfassend aus der Diskussion konnte festgehalten werden, dass Integration eine dauerhafte Aufgabe in den Kommunen ist, die bessere Finanzierung vor allem auch in den Kümmererrollen braucht. Außerdem müssen mehr Positivbeispiele in den Diskurs eingebracht werden und hier muss mehr Gehör geschafft werden. Nicht zuletzt müssen Strukturen überdacht werden, um diese auszubauen. Ein weiterer großer Wunsch ist es, dass die direkte Kommunikation mit Verantwortlichen im Bund erleichtert wird. Hier auch ein kleiner Ansporn an meine KollegInnen, genau diese Themen in ihren Wahlkreisen einzubringen. Integration bleibt eine dauerhafte Aufgabe, die gut gelingen kann und große Chancen für unser gesellschaftliches Leben bietet.

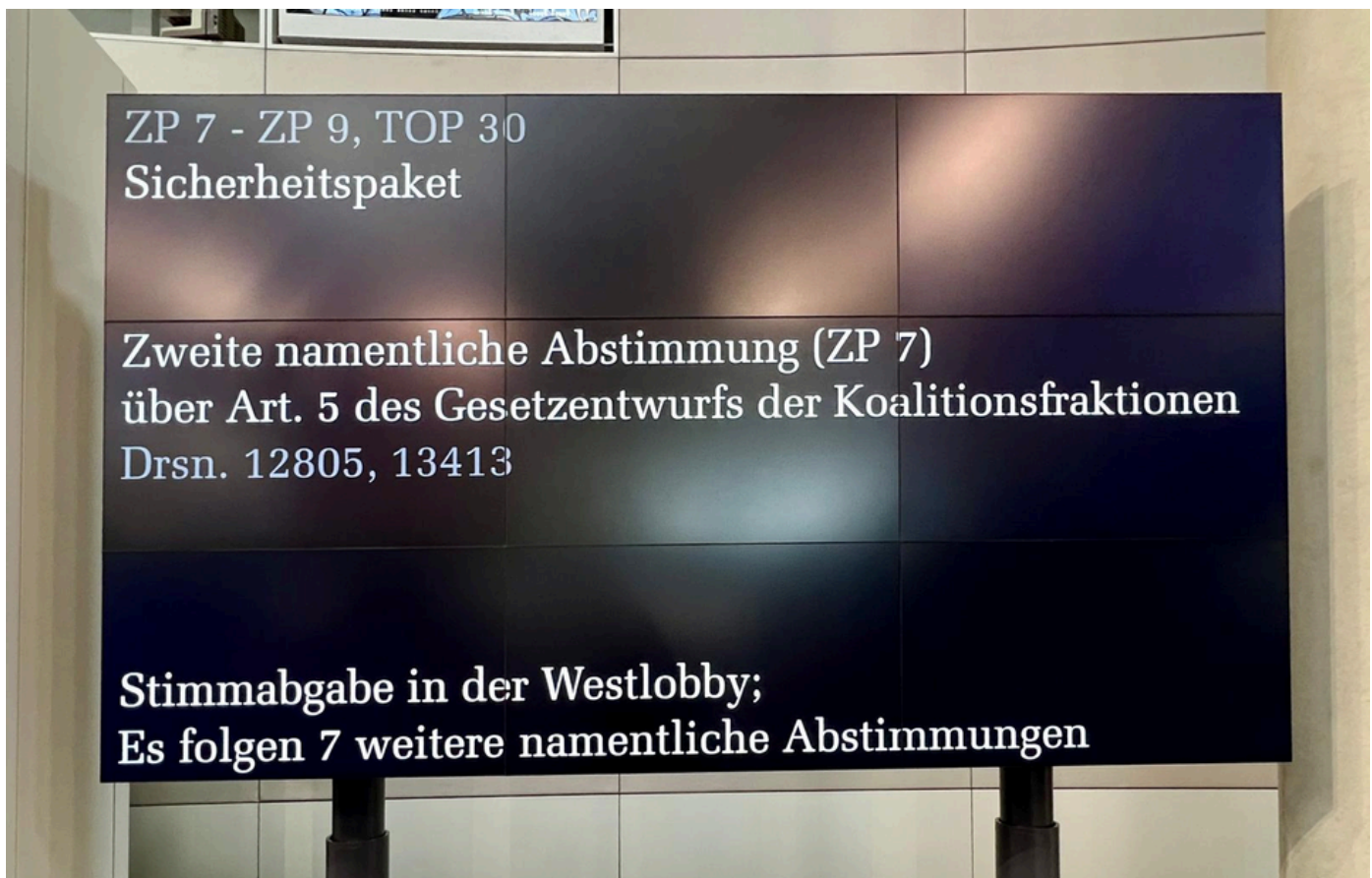
Union blockiert Sicherheitspaket

Insgesamt 9 namentliche Abstimmungen gab es am letzten Sitzungstag, die weitgehend von der Union beantragt worden waren, weil sie das Sicherheitslage zu Fall bringen wollte. Es geht ihr nicht weit genug. Interessant, dass eine Reihe von Abgeordneten der Oppositionsparteien gar nicht teilgenommen haben. Nachdem die Regierungskoalition an diesem Freitag ein umfassendes Sicherheitspaket als Konsequenz aus dem Terroranschlag von Solingen verabschiedet hat, hat die Union im Bundesrat einen wesentlichen Teil davon blockiert. Mit der Blockade dieser zentralen Maßnahmen hat die CDU/CSU den größtmöglichen Schaden für unsere Sicherheit in Deutschland angerichtet.

Hier zeigt die Union für alle sichtbar, was ihnen wirklich wichtig ist: der Versuch, der Regierungskoalition Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Damit riskiert sie die innere Sicherheit unseres Landes.

Die Union hat einen zentralen Bestandteil des Pakets blockiert: Die Sicherheitsbehörden mit mehr Befugnissen auszustatten, um Terror und Extremismus besser bekämpfen zu können. Die geplanten Verschärfungen im Waffenrecht und Änderungen im Asylrecht wurden dennoch beschlossen.

Wir schützen die Bürger*innen.



Aus Warendorf und Sendenhorst in die Herzkammer der Demokratie

“Hi, Ich bin Kuno, 18 Jahre alt, komme aus Warendorf und mache seit einer halben Woche mein Praktikum bei Bernhard. Ich habe schon viel darüber erfahren, wie der Bundestag und die SPD-Fraktion funktionieren. Ich durfte miterleben, wie Fraktionssitzungen ablaufen, wie die Ausschüsse arbeiten und war bei mehreren Plenardebatten dabei.

Besonders gefallen hat mir der Einsatz von Bernhard und seinem Team für das AfD-Verbot, auch gegen den Widerstand der eigenen Fraktion. Insgesamt gefällt es mir bis jetzt sehr gut und ich kann allen Schüler:innen, die sich für den Bundestag interessieren, ein Praktikum bei Bernhard empfehlen”.



Aktuell werden mein Team und ich in Berlin gleich von zwei Praktikant*innen aus dem Kreis Warendorf unterstützt. Sophie Pasternak aus Sendenhorst und Kuno Heller aus Warendorf, beide 18 Jahre alt, dürfen aktuell den parlamentarischen Alltag hautnah miterleben und sind eine große Hilfe!